

Zürich

Schnee in Down Under

Auf Australiens grösster Insel Tasmanien fiel Schnee bis auf die Höhe des Meeresspiegels – das erste Mal seit 1986. **SEITE 24**

Saubere Energie

Obamas «Clean Power Plan» sieht vor, dass US-Kraftwerke ihre Emissionen um 32 Prozent senken. Nicht alle haben Freude daran. **SEITE 19**



Der steinige Weg aus der Pflegemisere

PFLEGE Die laufend steigenden Kosten in der Langzeitpflege bereiten den Gemeinden grosse Sorgen. Mehr Markt soll das Problem entschärfen. Eine obligatorische Pflegeversicherung könnte ebenfalls zum Thema werden.

Im besten Fall werden im Kanton Zürich bis ins Jahr 2040 nicht weniger als 7400 zusätzliche Plätze in Pflegeheimen benötigt. Das geht aus einer aktuellen Studie der Credit Suisse hervor (Ausgabe vom 1. Juli). Momentan existieren im Kanton rund 17000 Pflegeheimplätze. Der Ausbau des Angebots wird rund 2,6 Millionen Franken verschlingen.

Für Jörg Kündig, Gemeindepräsident von Gossau, Präsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbandes und FDP-Kantonsrat, sind die anstehenden Investitionen aber nicht das Hauptproblem, wenn es um die Pflege geht: «Die laufenden Kosten, welche die Gemeinden tragen müssen, bereiten uns echte Sorgen.» Die Gemeinden berappen seit 2012 maximal das sogenannte Normdefizit, also jenen Anteil an den Pflegekosten, der weder durch die Krankenkassen noch die Patienten gedeckt ist (siehe Kasten). Mehr und stärker pflegebedürftige Menschen lassen die Kosten für die Gemeinden steigen.

Fehlender Markt

Die Ausgaben der Gemeinden steigen nicht allein bei den Pflegekosten. Weil sich eine zunehmende Zahl von Pensionären den Aufenthalt im Pflegeheim gar nicht mehr leisten kann, werden mehr Ergänzungsleistungen beantragt.

«Ein Hauptübel ist, dass bei den Pflegeheimen kein echter Markt existiert», sagt Jörg Kündig. Wenn die Gesundheitsdirektion von einer anderen Voraussetzung ausgehe, «befindet sie sich auf dem Holzweg». Werde jemand pflegebedürftig – und könne nicht mehr ambulant mit der Spitex versorgt werden –, seien die Gemeinden häufig gezwungen, zu nehmen, was vorhanden sei. Die Gemeinden sind nämlich verpflichtet, ihren Einwohnerinnen und Einwohnern innert nützlicher Frist einen Platz im Pflegeheim zur Verfügung zu stellen.

Solange die Plätze ein knappes Gut seien, hätten die Gemeinden keine Möglichkeit, über die Tarife zu verhandeln, und müssten sich den maximalen Ansatz verrechnen lassen, den die Gesundheitsdirektion jedes Jahr wieder neu errechne – eben das Normdefizit.

Etwas besser sei die Situation häufig, wenn eine Gemeinde über ein eigenes Pflegeheim verfüge oder mit einem Heim eine Leistungsvereinbarung abschliessen könne.

Mit der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen seien die Gemeinden aber zunehmend auf private Anbieter angewiesen, wenn sie teure Investitionen vermeiden wollten. Kündig rechnet damit, dass bis in ein paar Jahren ein deutlich grösseres Angebot vorhanden sein wird. «Wir befinden uns erst in den Anfängen. Das Bewusstsein für die Problematik ist noch nicht verbreitet», sagt Kündig.

Die Strategie ambulant vor stationär entschärfe die Situation etwas. Das bedeute, dass die Betroffenen möglichst lang mit der Spitex versorgt würden und so der Übertritt in ein Pflegeheim hinausgezögert werde. Dies verhindere teure Infrastruktur und sei durchaus zum Wohle der Patientinnen und Patienten.

Pflegeversicherung als Pflicht

Dem Kostendruck, der auf der öffentlichen Hand lastet, könnte man auch mit einer obligatorischen Pflegeversicherung begegnen. Ein Vorschlag, den der Thinktank Avenir Suisse ins Spiel gebracht hat und für den auch Jörg Kündig Sympathien hegt: «So liesse sich ein Teil der Kosten von der öffentlichen Hand und damit dem allgemeinen Steuerzahler auf die Patienten umlagern. Das wäre verursachergerechter.» Die Idee sieht vor, dass das Geld auf individuellen Konten angespart wird. Wer die Mittel nicht für die Pflege braucht, kann sie mit dem Tod an seine Nachkommen vererben.

Stefan Felder, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel, sieht in einer obligatorischen Pflegeversicherung durchaus einen Weg aus der Misere. Er bezweifelt aber, dass ein solches Anliegen im Moment politische Mehrheiten finden würde. «Über kürzer oder länger wird es aber zum Thema.»

Skeptisch ist der Gesundheitsökonom, was die Vererbbarkeit des angesparten Kapitals angeht. Für einen solchen Fall müssten die Prämien entsprechend hoch



Die steigende Zahl Pflegebedürftiger führt zu höheren Kosten für die Gemeinden.

Keystone

sein. Fliesse das nicht gebrauchte Kapital in einen allgemeinen Topf, werde dies die Beiträge senken.

Einen wünschbaren Effekt der obligatorischen Pflegeversicherung, den verschiedene Exponenten sehen: Heute ist der Anreiz für Senioren ab 65 gross, Ersparnisse an die Nachkommen zu vererben. Dieses Geld fehlt dann, wenn ein Aufenthalt im Pflegeheim nötig wird. Als Folge muss die öffentliche Hand einspringen. Dieser Fehlanreiz zulasten der Allgemeinheit könnte mit einer obligatorischen Pflegeversicherung behoben werden. *Patrick Gut*

DIE KOMPLIZIERTE WELT DER PFLEGEKOSTEN

Der Aufenthalt im Pflegeheim kann kostspielig sein. Monatsrechnungen für Pflege, Hotellerie und Betreuung von 12000 Franken und mehr sind keine Seltenheit.

Stark geregelt sind die Pflegekosten. Die Gesundheitsdirektion legt jedes Jahr die Normdefizite fest. Im Jahr 2013 – diese Daten sind massgebend für das Normdefizit 2015 – kostete eine Pflegeminute im Benchmark-Pflegeheim 1.36 Franken. Nun kommt die Pflegebedürftigkeit ins Spiel. Die Fachleute sprechen von Pflegebedarfsstufen. In der Stufe 1 benötigt der Patient bis zu 20 Minuten Pflege pro Tag. In der höchsten Stufe (12) sind es bis zu 240 Minuten.

Um die Normkosten zu errechnen, wird der durchschnittliche Pflegeaufwand nach Stufe beigezogen. In der Stufe 12 sind dies 231 Minuten. Multipliziert mit dem Minutentarif (1.36 Fr.), ergibt das 313.87 Fr./Tag. Von diesem Betrag bringt man die

Leistung der Krankenkasse (108 Franken pro Tag in Stufe 12) und den Kostenanteil des Patienten (20 Prozent des Krankenkassenanteils, maximal 21.60 Fr./Tag) in Abzug. Was bleibt, ist das Normdefizit. Bei Pflegebedarfsstufe 12 sind das 184.25 Fr./Tag oder 5527 Franken pro Monat. Das Normdefizit müssen die Gemeinden maximal tragen, wenn keine anderen Abmachungen bestehen. Mitte August legt der Regierungsrat das neue Normdefizit für das Jahr 2016 fest. *pag*

Helikopter auf Suchflug

PFÄFFIKERSEE Kurz vor Mittag ist gestern bei der Kantonspolizei Zürich die Meldung aus dem Strandbad in Pfäffikon eingegangen, dass eine Person vermisst werde. Es wurde eine grosse Suchaktion gestartet, an der nebst mehreren Tauchern auch ein Helikopter im Einsatz stand. Gegen Mitte Nachmittag wurde der Helikopter dann abgezogen. Die Suche vom Boot aus und Ermittlungen an Land gingen jedoch weiter. Wie ein Polizeisprecher um 17 Uhr erklärte, stehe bis jetzt jedoch nicht mit Sicherheit fest, ob überhaupt jemand im See vermisst wird. *zo*

Gewalt im Ausgang

ZÜRICH Bei Schlägereien sind am Wochenende mehrere Männer verletzt worden. Fünf Personen wurden verhaftet.

Ein 67-Jähriger wurde am frühen Samstagmorgen an seinem Wohnort beim Betreten des Treppenhauses überfallen, teilte die Stadtpolizei Zürich gestern mit. Am frühen Sonntagmorgen traktierten in der Bäckeranlage mehrere Personen einen Mann. Die Polizei traf einen am Boden liegenden 33-jährigen Syrer mit Gesichtsverletzungen an. Sie entdeckte in der Nähe aufgrund der Signalelemente die Tatverdächtigen, eine

15-jährige Eritreerin und zwei Landsmänner im Alter von 18 und 23 Jahren. Der 23-Jährige wies Stichverletzungen auf.

Vor einem Club an der Hardstrasse gingen ein 28-jähriger Franzose und ein 30-jähriger Schweizer mit Fäusten aufeinander los. Vor einem Lokal an der St. Anna-Gasse im Kreis 1 wurde ein 18-jähriger Schweizer, der einen Streit schlichten wollte, mit einem Faustschlag niedergestreckt.

Ein 19-Jähriger aus Guinea und ein 28-Jähriger aus Indien fügten sich am frühen Montagmorgen mit Flaschen gegenseitig Verletzungen zu. *sda*

Wasser im Zentrum

MAILAND Reges Interesse: 215 000 Personen haben die Zürich-Ausstellung an der Expo 2015 besucht.

Die Zürcher Ausstellung im Schweizer Pavillon zeigte, welche Auswirkungen sauberes Wasser auf die Innovationskraft und Lebensqualität einer Region hat. Sie habe gemäss einer repräsentativen Umfrage vor Ort «grossen Zuspruch» gefunden, schreiben Stadt und Kanton Zürich sowie Zürich Tourismus in einer Mitteilung.

Das Publikum der Mailänder Weltausstellung interessierte sich vor allem für die Glasobjekte aus

recyclierbaren Flaschen, den innovativen Wasserfilter Drink Pure und die kombinierte Fisch- und Gemüsezuucht Aquaponic. Noch bis 12. September ist die Ausstellung in reduzierter Form zu sehen.

Nachhaltiger Umfang

Regen Zuspruch gefunden haben laut Mitteilung auch die Fach- und Publikumsveranstaltungen vom 29. Juni bis 3. Juli im Rahmen einer Zürich-Woche. Dabei ging es um die Themen Nahrungsmittelforschung, Zürcher Mode, Game-Design, den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln und den Gotthard-Korridor. *sda*

Elfenbein sichergestellt

FLUGHAFEN Am Zürcher Flughafen ist ein grosser Fall von Elfenbeinschmuggel aufgefliegen. Es wurden 262 Kilogramm Elfenbein sichergestellt, wie die Zollstelle Zürich-Flughafen gestern mitteilte. Es handle sich um den grössten Elfenbeinfund, den es am Flughafen Zürich je gegeben hat. Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) und das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) informieren heute an einer Medienkonferenz über den Fall. Auskunft geben werden Zollbeamte sowie ein Artenschutz-Experte des BLV. *sda*